Stand: 12.07.2025 22:20:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2985

"Einzelfallbezogene politische Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2985 vom 08.07.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5024 des VF vom 26.11.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5265 vom 05.12.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 05.12.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.07.2019 **Drucksache** 18/**2985**

Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Einzelfallbezogene politische Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das sogenannte externe Weisungsrecht der Justizminister gegenüber Staatsanwälten für den Einzelfall abgeschafft wird.

Justizminister sollen nicht länger einzelne Verfahren der Staatsanwaltschaften steuern können. Die Bevölkerung im Freistaat muss darauf vertrauen können, dass über die Einleitung und Sachbehandlung eines Strafverfahrens unabhängig von politischen Erwägungen entschieden wird.

Davon unberührt bleibt die Befugnis zur Dienstaufsicht im Allgemeinen, die für eine gesetz- und ordnungsgemäße Erledigung der Dienstgeschäfte notwendig ist.

Begründung:

Die gesetzlich verankerte Möglichkeit der Justizminister, Verfahren der Staatsanwaltschaften zu steuern, trifft schon lange auf breite Kritik.

Die Antwort der Staatsregierung auf einen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion im Landtag (Drs. 18/2352) macht deutlich, dass informelle Gespräche des Staatsministeriums mit den bayerischen Staatsanwaltschaften über einzelne Verfahren nicht einmal dokumentiert werden.

Zuletzt führte die Möglichkeit der politischen Einflussnahme auf Ermittlungsverfahren dazu, dass deutsche Staatsanwaltschaften keinen Europäischen Haftbefehl mehr ausstellen können (EuGH, Urteil vom 27.05.2019, Az. C-508/18). Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hatte Deutschland bereits vor zehn Jahren dazu aufgefordert, die Möglichkeit abzuschaffen, „dass Justizminister der Staatsanwaltschaft Anweisungen zu einzelnen Fällen“ geben (Resolution 1685 (2009)).

Ein Reformbedarf ist seit langem offensichtlich und allgemein anerkannt. Schon der Anschein politischer Einflussnahme auf strafrechtliche Ermittlungen, die das Gerichtsverfassungsgesetz derzeit ermöglicht, ist geeignet das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat zu erschüttern. Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass über die Einleitung und Sachbehandlung eines Verfahrens unabhängig von politischen Erwägungen entschieden wird.

Selbstverständlich ist, dass die Aufgabe der Dienstaufsicht auch Möglichkeiten erfordert, um auf die gesetz- und ordnungsgemäße Erledigung der Dienstgeschäfte hinzuwirken. Allgemeine, nicht auf den Einzelfall bezogene Weisungen an die Staatsanwaltschaft sind in diesem Zusammenhang ein wichtiges Element, um eine gleichmäßige Rechtsanwendung und eine einheitliche Strafverfolgung sicherzustellen. Auch das all-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

gemeine Weisungsrecht des Behördenleiters gegenüber Staatsanwälten seines Bezirks, den Hauptabteilungsleitern und den Abteilungsleistern im Rahmen ihres Geschäftsbereichs soll unangetastet bleiben.

Ein ministerielles Weisungsrecht hingegen, das vorsieht, auch in Einzelfällen Anweisungen zur Strafverfolgung von politischer Seite zu geben, kann den Verdacht politischer Einflussnahme auf Strafverfahren erwecken. Schon der Verdacht ist zu verhindern.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.11.2019 **Drucksache** 18/**5024**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 18/**2985**

Einzelfallbezogene politische Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Hagen**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 17. Oktober 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 26. November 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 05.12.2019 **Drucksache** 18/**5265**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**
Drs. 18/**2985**, 18/**5024**

Einzelfallbezogene politische Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Das an Nummer 1 der Liste stehende Konsultationsverfahren der Europäischen Union betreffend "Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen" wurde vom Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen am Dienstag endberaten. Der Ausschuss schlägt dazu die auf der Drucksache 18/5167 aufgeführte Stellungnahme vor. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt.

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 20, 21 und 28 der Liste. Das sind die Anträge der AfD-Fraktion betreffend "Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen" auf Drucksache 18/3889, "Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!" auf Drucksache 18/3890 und "Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte" auf Drucksache 18/4082. Der Aufruf der Anträge erfolgt, soweit zeitlich noch möglich, nach dem Tagesordnungspunkt 10, der Zweiten Lesung zu den Anpassungen im Beamtengesetz.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk ist dem so entsprochen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit, die Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) oder	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
   Verkehr
   Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen
   11.09.2019 – 04.12.2019
   Drs. 18/4036, 18/5167 (E)

   Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
   Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. November 2019 (Vf. 17-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Lageplans zu Ausgleichs-/Ersatzmaßnahmen auf Fl.Nr. 253/2, Gemarkung Wenzenbach, zum Bebauungs- und Grünordnungsplan BG „Roither Berg“ der Gemeinde Wenzenbach vom 30. März 2015
PII-G1310.19-0016
Drs. 18/5027 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen I – Für eine faire Vergütung
Drs. 18/2649, 18/4940 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen II – Interessenvertretung und Mitbestimmung ermöglichen
Drs. 18/2650, 18/4941 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen III – Dauerstellen für Daueraufgaben
Drs. 18/2651, 18/4943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV – Aufstiegs- und Entwicklungschancen ermöglichen
Drs. 18/2652, 18/4944 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen V – Einrichtung eines Fonds zur Altersabsicherung von Lehrbeauftragten
Drs. 18/2653, 18/4946 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen VI – Verzicht auf Erklärung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit bei Erteilung von Lehraufträgen
Drs. 18/2654, 18/4947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

9. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Lehrbeauftragten
Drs. 18/3949, 18/4961 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	A	Z

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Einzelfallbezogene politische Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen
Drs. 18/2985, 18/5024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	A	Z

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen I – Verstöße strafrechtlich verfolgen und Defizite im Personalbereich abbauen
Drs. 18/3629, 18/4962 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen II – Digitale Kontrolle der Tiergesundheit
Drs. 18/3630, 18/4915 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Leben retten – Drogenkonsumräume legalisieren
Drs. 18/3701, 18/5000 (A)

Auf Antrag der AfD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Pflegende Angehörige entlasten – Mehr Anbieter für Angebote zur Unterstützung im Alltag
Drs. 18/3702, 18/5001 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transparenz für alle in der 24-Stunden-Betreuung – Bündnis gegen die illegale Beschäftigung
Drs. 18/3758, 18/5002 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Personalmangel am Landgericht Regensburg
Drs. 18/3766, 18/5025 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderrechte im Grundgesetz verankern
Drs. 18/3769, 18/4858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Programm „Imkern an der Schule“ stärken – Erhöhung der pauschalen Förderung
Drs. 18/3810, 18/5046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

19. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann SPD
Expertenanhörung zum Thema „Schulbegleitung“
Drs. 18/3817, 18/5052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen
Drs. 18/3889, 18/4795 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

21. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!
Drs. 18/3890, 18/5014 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u. a. CSU
Bericht zur ärztlichen Versorgung in Kinderhospizen
Drs. 18/3934, 18/5003 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bildung muss umsatzsteuerfrei bleiben
Drs. 18/3996, 18/5047 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl u. a. SPD
Gefahr durch PFOA und PFOS: Bevölkerung aufklären und schützen
Drs. 18/4001, 18/4838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Erwachsenenbildung (v. a. allgemeine Weiterbildung) muss umsatzsteuerfrei bleiben
Drs. 18/4029, 18/5048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. SPD
Bericht zur politischen Bildung und Demokratieerziehung an den beruflichen Schulen in Bayern
Drs. 18/4035, 18/5053 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Psychosomatische Versorgung von Kindern und Jugendlichen flächendeckend sicherstellen!
Drs. 18/4079, 18/5004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte
Drs. 18/4082, 18/4945 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften in Bayern
Drs. 18/4196, 18/4857 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z